

Deutliches Ja für den Klimafonds

16 von 26 Gemeinden im Kanton Schaffhausen haben sich gestern an der Urne für die Bildung eines Energie- und Klimafonds ausgesprochen. Der Ja-Anteil beläuft sich dabei auf 56,4 Prozent.

Regula Lienin

Die letzten klimapolitischen Vorlagen hatten keine Chance im Kanton. Anders verfährt das Schaffhauser Stimmvolk nun mit dem Klima- und Energiefonds. Mit einer Mehrheit von 56,4 Prozent stimmte es gestern der Teilrevision des Baugesetzes zu. 16 von 26 Gemeinden im Kanton sagten Ja dazu, dies bei einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von 62,6 Prozent. Ein Teil der Gemeinden, die sich gegen die Vorlage aussprachen, tat dies äussert knapp. So beispielsweise Thayngen, wo sich die Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen auf 29 beläuft oder in Dörfingen, wo sie nur gerade zwei Stimmen ausmacht. Deutlich fiel die Ablehnung hingegen in Beggingen, Buch, Oberhallau und Schleithem aus.

«Ich freue mich», sagte Regierungsrat Martin Kessler (FDP) zum Ausgang der Abstimmung. Er habe sich ein noch wesentlich knapperes Resultat vorstellen könne. Dies, weil mit der SVP die wählerstärkste Partei des Kantons die Nein-Parole beschlossen hatte. So sei es denn auch in jenen Gemeinden zu einem Nein gekommen, in denen die SVP und EDU stark seien. Für Kessler ist das Ja eine Bestätigung des Kurses, den die Regierung mit der Klimastrategie fährt. «Diese soll umgesetzt werden.» Mit dem Klima- und Energiefonds sei klar, woher dafür das Geld komme. Am jetzigen Vorgehen ändere sich nicht viel – bis auf die Tatsache, dass die Gelder für die Umsetzung der rund 70 Massnahmen aus der Klimastrategie nun aus dem Fonds kämen. Allen voran nennt Kessler die Weiterführung des Energieförderprogramms. Ausserdem würde nun auch die eine oder andere Massnahme aus dem Bereich Klimaanpassung angegangen.

Komitee streicht Vorteile hervor

Erfreut über den Abstimmungsausgang zeigte sich auch das überparteiliche Komitee «Ja zum Klimafonds». Die Sicherung der Bundesmittel, die Planungs- und Investitionssicherheit für erneuerbare Energien und Schutzkonzepte seien absolut notwendig, schreibt es in einer Stellungnahme. So könne man den Herausforderungen des Klimawandels und den daraus entstehenden Kosten im Kanton Schaffhausen bewusster begegnen. «Gleichzeitig schaffen wir uns mehr Unabhängigkeit von Energieimporten und fördern unser einheimisches Gewerbe», heisst es. Das überparteiliche Komitee war ein Zusammenschluss sämtlicher Parteien bis auf die EDU und SVP gewesen.



VIDEO
Reaktionen der Gewinner und Verlierer des Abstimmungs-sonntags unter www.shn.ch/click

Um beispielsweise Dürren zu begegnen, hat der Kanton eine Klimastrategie.
BILD MELANIE DUCHENE

Reaktionen Freude und Enttäuschung

«Die Freude ist riesig», sagte Kantonsrätin Mayowa Alaye (GLP, Schaffhausen). Weil damit die Klimastrategie in den nächsten Jahren finanziell gesichert sei. «Das ist extrem wichtig für den Kanton Schaffhausen.» Es habe sich nicht um eine inhaltliche Vorlage gehandelt, sondern um ein Finanzierungsinstrument. Die Fondslösung sei sinnvoll für die Klimastrategie. Die Arbeit im Parlament ändere sich dadurch nicht per se. «Man hätte auch ohne Fonds investiert, aber weniger Planungssicherheit gehabt.» (rli)



Kantonsrat Mariano Fioretti (SVP, Schaffhausen) zeigte sich enttäuscht. «Es ist uns nicht gelungen, die Kernbotschaft herüberzubringen.» Was störe, sei der Automatismus, der in der Vorlage enthalten sei. Er sehe es als sehr problematisch, wenn in finanziell schlechten Jahren der Fonds wegen der definierten Minimalbeträge gespiesen werden müsse.



In Bezug auf die finanzpolitischen Kompetenzen sieht er das Parlament künftig in einer Statistenrolle. Er hätte lieber einzeln über die Projekte entschieden. (rli)

Kommentar

Ein Schritt in die richtige Richtung

Es ist ein klares Resultat: Mit einem Anteil von 56,4 Prozent Ja-Stimmen heissen die Schaffhauserinnen und Schaffhauser die Bildung des Energie- und Klimafonds gut. Damit kann der Fonds mit den 15 Millionen Franken aus einer finanzpolitischen Reserve definitiv geüffnet werden. Die kantonale Klimastrategie verkommt nicht zum Papiertiger, weil die darin formulierten Massnahmen nun umgesetzt werden können.



Regula Lienin
Redaktorin Kanton
regula.lienin@shn.ch

«Es ist eine angemessene Antwort auf die Klima- und Energiekrise.»

Dafür ist mit der Fondslösung längerfristig Geld auf der Seite – was eine angemessene Antwort auf die Klima- und Energiekrise ist. Sind in ein paar Jahren die beiden Teilfonds auf die definierten Minimalbeträge gesunken, werden sie mit einer Neueinlage gespiesen. Das ist ein Erfolg für den Regierungsrat und seine Klimastrategie, die der Kantonsrat lediglich zur Kenntnis nehmen konnte. Die Zustimmung ist weniger hoch ausgefallen, als es die Empfehlungen der Parteien auf den ersten Blick vermuten liessen. Bis auf die EDU und SVP wurde die Vorlage nämlich von allen Parteien unterstützt, und selbst die SVP entschied sich nur knapp dagegen. Sogar deren Jungpartei hatte sich für ein Ja starkgemacht. Wenn allerdings die wählerstärkste Partei im Kanton die Nein-Parole beschliesst, hat dies Signalwirkung auf ihre Wählerschaft. Das Resultat zeigt dennoch, dass sich auch in ihren Reihen etwas bewegt. Das ist erfreulich. Denn weder der Klimawandel noch die Energiekrise lassen sich mit Kleinreden oder fehlenden Geldern lösen. Der Klima- und Energiefonds ist auf lange Sicht ein Schritt in die richtige Richtung.

Deutliche Abfuhr für Corona-Solidaritätsinitiative

Die Schaffhauser Stimmbevölkerung will nichts von einer temporären Steuererhöhung wissen. Die Volksinitiative für einen Corona-Solidaritätsbeitrag wurde mit knapp 70 Prozent Nein-Stimmenanteil abgelehnt. Das nächste Steuerthema an der Urne folgt aber schon bald.

Dario Muffler

Im Fussball würde man von einem Kanter Sieg sprechen. Eingefahren haben ihn am gestrigen Tag die Schaffhauser Regierung und die bürgerlichen Parteien bis in die Mitte. Die Volksinitiative «Corona-Solidaritätsbeitrag von Vermögenden während 5 Jahren» wurde mit 68,8 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Keine einzige der 26 Schaffhauser Gemeinden stimmte der Initiative der SP, Grünen und inzwischen aufgelösten AL zu. Damit werden die Vermögenssteuersätze im Kanton Schaffhausen nicht angehoben, wie das Volksbegehren dies zur Finanzierung von

wirtschaftlichen Corona-Folgen vorgesehen hatte.

Das Resultat hatte sich abgezeichnet. Die Schaffhauser Stimmbevölkerung hatte erst im Februar einer Steuerensenkung und verschiedenen Entlastungen zugestimmt. Hinzu kommt, dass die Pandemie und ihre gesundheitlichen wie finanziellen Folgen aktuell nicht in den Köpfen sitzt. Und schliesslich kämpften SP und Grüne alleine gegen eine breite Front von Verbänden und Parteien.

Überrascht zeigten sich die Gegner der Initiative deshalb weniger über ihren Sieg und mehr über seine Deutlichkeit. Selbst in der links-wählenden Stadt schiffte die Initiative deutlich ab. FDP-Kantonsrat Lorenz Laich interpretierte das Resultat so, dass die Stimmbevölkerung erkannt habe, dass dieses zusätzliche Geld nicht gebraucht werde (siehe Box nebenan).

Gleichwohl dürfte das nicht die letzte Abstimmung zu den Steuern gewesen sein. Der nächste Urnengang wird jedoch nicht kantonal, sondern eidgenössisch sein. Voraussichtlich im Som-

mer wird es um die Steuerreform der OECD und G20 gehen.

Zu wenig klar, was getan wird

Über den Abstimmungsausgang erfreut war gestern auch die Schaffhauser Finanzdirektorin Cornelia Stamm Hurter (SVP). Denn aus ihrer Sicht war die Initiative unnötig. Der Kanton Schaffhausen habe als einer der ersten erkannt, dass die Pandemie neben schweren sozialen auch wirtschaftliche Folgen haben könne. Das sei zum Teil zu wenig klar geworden, sagt die Finanzdirektorin. «Mit der Abstimmung vom 13. Februar hat der Kanton Schaffhausen sozial Schwache und KMU stärker entlastet.» Hinzu komme eine finanzpolitische Reserve von 80 Millionen Franken sowie ein Gesetz, das es bis Ende 2022 erlaubt, Härtefallgelder zu sprechen.

Mit dem Nein zur Corona-Solidaritätsinitiative hat die Schaffhauser Stimmbevölkerung zum vierten Mal in Folge die Steuerpolitik der Regierung an der Urne bejaht. Ein Umstand, über den sich Stamm Hurter ebenfalls freut.

Reaktionen Vom Timing und einer Verzweigungstat

Die Niederlage mit der Corona-Solidaritätsinitiative schmerzte sehr, sagte SP-Co-Präsidentin Romina Loliva gestern. «Doch die Ausgangslage war sehr anspruchsvoll.» Einmal sei da das Timing-Problem gewesen.



«Die Pandemie klingt aktuell ab und wir sind finanziell mit einem blauen Auge davon gekommen.»

Und dennoch: Der Kanton habe mehrer grössere Defizite, so Loliva. Dazu gehörten die zu tiefen Löhne in der Pflege sowie in den Lehrerberufen oder Lücken bei den Tagesstrukturen. «Wir müssen den Kantonsfinanzen deshalb gut schauen», lautet das Fazit der SP-Co-Präsidentin.

Die SP möchte weiterhin genau hinschauen, wenn es um die Unterstützung von Coronageschädigten geht. Wenn nötig, dann mit einzelnen Vorstössen im Kantonsrat, so Loliva. (r.)

Lorenz Laich, FDP-Kantonsrat und Gegner der Initiative dürften ruhig geschlafen haben. Denn gegenüber den SN sagte er gestern, dass er mit einem Nein zur Initiative gerechnet habe. Über die Deutlichkeit der Ablehnung sei er hingegen hoch erfreut. «Die Stimmbevölkerung hat erkannt, wie gut die Finanzlage des Kantons ist und dass es überflüssig ist, einen Solidaritätsfonds zu bilden, für den keinen Bedarf besteht», so Laich.



Für den Liberalen ist auch klar, dass der Kanton sich ausreichend einsetze für die Geschädigten der Coronapandemie. Zu behaupten, dass dem nicht so sei, bezeichnet Laich als Verzweigungstat der Initianten. «Es gibt eine finanzpolitische Reserve für diesen Zweck, die noch nicht mal angebraucht werden musste», so Laich. (r.)